

Zu den indisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140748>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zu den indisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten

Im Gegensatz zu unserer schweizerischen Presse, die unisono in das Geschrei gegen die «chinesische Aggression» einstimmt, gibt es überlegte Kommentare zu diesem Thema im Westen wie im Osten, die nach den letzten Nachrichten (Rede Nehrus in Santiniketan, 24. Dezember) recht behalten könnten. Nachstehende Berichte verdanken wir der November-Ausgabe der «Eastern World», einer Londoner Monatsschrift, deren Korrespondent, Charles Meeking, seit vielen Jahren die engsten Kontakte zur Liberalen Partei Australiens unterhält und Ann Louise Strong, einer Amerikanerin und ausgezeichneten Kennerin Chinas und Tibets, die sich in «Beacon», einer Monatsschrift der Unitarierkirche von Melbourne, zu diesen Fragen äußert.

«Noch ist uns eine Frist gegeben, um die Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden asiatischen Riesen vom Abgleiten in einen Großkrieg zu bewahren, der nicht allein Chinas Aufbauarbeit schwächen und Indiens bisherige Leistungen zunichte machen, sondern auch zu Interventionen von Drittmächten in katastrophalem Umfange führen müßte. Schon jetzt ist schwerer Schaden entstanden, vor allem sind Todesopfer zu beklagen und wertvolle wirtschaftliche Hilfsmittel und Energien sind an den törichten Versuch, Streitfragen durch gegenseitiges Morden zu lösen, vergeudet worden. Denn weder haben die Chinesen den Ehrgeiz, Indien zu besetzen noch können wir uns Sikh-Truppen vorstellen, wie sie mit fliegenden Fahnen und unter dem Quäken ihrer Dudelsäcke in Peking einmarschieren. Der Streit beschränkt sich auf die bloße Grenzziehung, und so ist es denn ein schmerzlicher Gedanke, daß eine Regierung mit Nehru an der Spitze, mit Nehru, diesem einstigen Symbol des Grundsatzes der Schlichtung von Streitfällen durch friedliche Verhandlungen, in ein so sinnloses Abenteuer verwickelt werden sollte.

Wieso kamen die indischen Truppen dazu, eine Stadt wie Tawang zum Beispiel, den einzigen bewohnten Ort von Bedeutung im Grenzgebiet in Besitz zu nehmen. Tawang ist ein Bezirkszentrum in gebirgiger Gegend, etwa 3000 Meter hoch gelegen, mit einem eigenen Gericht und einem buddhistischen Kloster. Der Name ist chinesisch und bedeutet «Großer Fürst». Seit beinahe 300 Jahren zahlte Tawang Steuern nach Lhasa, und Lhasa ernannte seine Richter und die Leiter des Klosters. Das dauerte so bis vor 11 Jahren, am 7. Februar 1951, als indische Truppen Tawang durch Überraschungsangriff besetzten, die Richter einsperrten und einen «lebenden Buddha» vertrieben. Der letztere beklagte sich in Lhasa, die Inder hätten ihn brutal behandelt und ihm das Getreide geraubt, das er für die Klöster in Lhasa eingebracht hatte. Indien machte Tawang hierauf zum Mittelpunkt eines gegen China gerichteten Festungssystems. Sie bauten eine etwa 200 km lange

Straße, um die Befestigung mit dem indischen Tafelland zu verbinden. Ist Tawang damit zur indischen Stadt geworden?

Nehru erhebt diesen Anspruch auf Grund einer Demarkationslinie, die 1914 von einem britischen Offizier auf einer Karte des Grenzgebietes gezogen wurde. Diese Demarkation schlug etwa 90 000 km² tibetisches Gebiet zu Indien. Weder der Dalai Lama noch irgendeine chinesische Regierung hat je diese Grenze anerkannt und Sir Henry Twynam, einer der letzten britischen Gouverneure des Grenzlandes Assam, schrieb noch 1959 (2. September) in der Londoner «Times»: «Die McMahon-Linie existiert nicht und hat nie existiert.»

1951 nahm Nehru dieses Grenzgebiet für Indien in Anspruch, um der chinesischen Volksarmee zuvorzukommen, die Ende 1951 ihre Truppen an der nationalen Grenze installierte. China stellte sich immer auf den Standpunkt, die McMahon-Linie sei illegal und erwartete, daß Indien mit seinen Nachbarn über eine freundschaftlich vereinbarte Grenze verhandle. Nehru hingegen wollte sich nicht auf Verhandlungen einlassen, bevor China die McMahon-Linie anerkenne. 1959 erhob Nehru neue Forderungen im westlichen Sektor der Grenze. Es war dies, nachdem die Erhebung der tibetischen Grundbesitzer fehlgeschlagen hatte. Die Natur dieser Forderungen und der Zeitpunkt ließen vermuten, daß das eigentliche Ziel nicht ein neuer Grenzverlauf, sondern die Beherrschung Tibets war. Indien, so schien es, wünschte nicht nur Großbritanniens Sonderinteressen in diesem Gebiet zu erben, sondern wurde darauf gestoßen vom Arm eines neueren und stärkeren Imperialismus; «es griff», mit anderen Worten, «Amerikas Hand durch Indien nach diesem Hochplateau, um die Einkreisung Chinas zu vervollständigen».

Bis im Oktober 1962 hatten indische Truppen 43 Grenzposten in der Himalaja-Wildnis ausgebaut. Es gab stete Zusammenstöße mit den chinesischen Grenztruppen, obschon die letzteren, nach neutralen Beobachtungen, Weisung hatten, nie anzugreifen, Weisung, die allerdings verbunden war mit einer Warnung an Indien, daß eine allgemeine Offensive von seitens Indiens zurückgeschlagen würde.

Am 12. Oktober gab Nehru seinen Truppen Befehl, die Chinesen auf der ganzen Linie zurückzutreiben. Am 17. Oktober bereitete ein intensives Sperrfeuer der indischen Artillerie auf die am 20. Oktober beginnende indische Offensive vor. Die Chinesen schlugen zurück und trieben die Inder in wenigen Tagen vor sich her, bis an den Rand der indischen Ebene. Auch während ihres Vormarsches forderten sie die Inder auf zu verhandeln und ersuchten zum Beispiel, die afro-asiatische Gruppe von Staaten zu vermitteln. Nehru weigerte sich zunächst zu verhandeln, aber Indiens asiatische Nachbarn begrüßten das chinesische Verhandlungsangebot, ein Zeichen, daß ihnen die Beendigung der Feindseligkeiten das erste Anliegen war. Was die Verhandlungsposition Indiens noch prekärer macht, ist der wohlberechnete Rückzug

der chinesischen Truppen, der die Behauptungen von chinesischer Aggression noch vollends als das enthüllt, was sie sind: ein Versuch des Westens, dem Neutralismus Indiens ein Ende zu bereiten, und diesen Subkontinent mit seiner Vierhundert-Millionen-Bevölkerung in die westliche Front einzureihen. Red.

Berlin-West, als Stützpunkt des Atlantikpaktes

Professor Quincy Wright, Ehrenpräsident der amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht, führt im «*American Journal of International Law*» vom Oktober 1961 aus: «Im Potsdamer Vertrag sind die Alliierten übereingekommen, ein geeintes, entwaffnetes und neutralisiertes Deutschland zu schaffen.» Professor Wright erklärt, diese Verpflichtungen seien verletzt worden, «besonders durch den Westen, als er die Bundesrepublik Deutschland anerkannte, Verträge mit ihr abschloß, sie bewaffnete und in den Atlantikpakt aufnahm». Die vorstehende Erklärung des hervorragenden amerikanischen Fachmannes für internationales Recht ist unangreifbar. Sie widerlegt alle Behauptungen, die dahingehen, daß die Westmächte das Recht hätten, sich auf die Kapitulationsbedingungen zu berufen oder auf den Potsdamer Vertrag, um die Anwesenheit ihrer Truppen in Deutschland, besonders aber in Berlin zu rechtfertigen.

Aus «*Information du Mouvement de la Paix*», Nr. 11, 1962.

Der Zug der grauen Männer

Obwohl die nachfolgende Einsendung für ein Jubiläum verspätet erscheint, darf sie vielleicht doch die Aufmerksamkeit des Lesers in Anspruch nehmen, da sie dem Andenken an einen wichtigen Augenblick in der Geschichte der Friedensbestrebungen dient. H. W.

Bei der Straßenkreuzung in Basel, die heute Bankverein heißt, stand an dem sonnenlosen 25. November 1912 ein ungefähr zehnjähriger Knabe und wartete, eingereiht in den Saum der Zuschauer. Welche erzieherische Weisheit ihn von den Kinderspielen — vielleicht Bleisoldaten? — weggerufen hatte, ist heute nicht mehr auszumachen. Was kam, hinterließ in ihm einen unauslöschlichen Eindruck. Es waren keine historischen Uniformen und Trachten, Hellebarden und Morgensterne, sondern was jetzt fast lautlos vorüberglitt, war ein endloser Zug grauer Menschen — es mögen etwa 30 000 gewesen sein. In ungleichmäßigen Abständen wurden an Stangen kleine weiße Täfelchen emporgehoben: Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien und so wei-